

Quiz

Wissen Sie es?

Am 1. Dezember 1989 beschloss die Volkskammer der DDR mit überwältigender Mehrheit die Streichung der bisher in der Verfassung verankerten Führungsrolle der SED. Zugleich wurde im Deutschen Bundestag über den 10-Punkte-Plan von Bundeskanzler Helmut Kohl diskutiert.

Am selben Tag durfte ein 1976 ausgebürgerter Liedermacher das erste Mal wieder in der DDR auftreten. In Leipzig sang er vor 6000 Zuhörern. Von wem ist die Rede?

- a) Manfred Krug
- b) Wolf Biermann
- c) Gerulf Pannach

Ihre Antwort an:

Matthias Schmidt, MdB
Ekkehardstraße 1

12437 Berlin

oder

matthias.schmidt@bundestag.de

In Anlehnung an den Regierenden Bürgermeister des Mauerfalls, Walter Momper, werden unter den richtigen Antworten zwei rote Schals verlost.

Einsendeschluss ist Freitag, der 19. Dezember 2014.

Inhalt

Keine neuen Schulden!	Seite 2
1,4 Mio. € für Schönevide	Seite 2
Kinder gegen sexuelle Gewalt schützen	Seite 3
Stärkung der Arbeit der Bundesstiftung für Aufarbeitung und der Bundeszentrale für politische Bildung	Seite 4
163.000 Anträge auf Rente nach 45 Beitragsjahren	Seite 4

„Berlin, nun freue Dich!“ Frühschoppen am 14. Dezember, 10 Uhr, Freiheit 15

Liebe Nachbarinnen und Nachbarn, als im Herbst 1989 die Bürgerinnen und Bürger in der DDR auf die Straße gingen und für Freiheit, Demokratie und ein Ende des SED-Regimes demonstrierten, schaute ein Mann besonders genau hin: Walter Momper war seit dem 16. März 1989 Regierender Bürgermeister von West-Berlin.

Es war klar, egal was in der DDR und in Ost-Berlin geschehen mag, diese Ereignisse waren nicht in einer anderen Stadt oder in einem anderen Land. Die Demonstrationen waren gleich um die Ecke, nur ein paar Straßen entfernt. Wenn die Berliner Mauer also durchlässiger oder gar ganz verschwinden würde, hätte dies erhebliche Folgen für die Insel West-Berlin.



Walter Momper, Regierender Bürgermeister des Mauerfalls

Foto: Walter Momper

So kam es dann auch. Hunderttausende Bürgerinnen und Bürger aus Ost-Berlin kamen nach dem 9. November nach West-Berlin und unzählige Bürgerinnen und Bürger aus West-Berlin überschritten die Staatsgrenze in die andere Richtung um Freunde, Verwandte oder die andere Hälfte der geliebten Stadt zu sehen.

Welche Herausforderungen vor, während und nach dem 9. November 1989 durch den Berliner Senat angegangen werden mussten und wie es war, als die

Mauer sich öffnete und die gemeinsame Freiheit in der Luft lag, wird Walter Momper persönlich erzählen.

Hierzu darf ich Walter Momper am Sonntag, den 14. Dezember, ab 10 Uhr, im historischen Saal der Freiheit 15 (Freiheit 15, 12555 Berlin-Köpenick) beim Politischen Frühschoppen als meinen Gast begrüßen.

Da dies die letzte Ausgabe meiner Wahlkreiszeitung in diesem Jahr ist, möchte ich mich bei Ihnen herzlich bedanken.

Als Ihr Bundestagsabgeordneter möchte ich mich vor allem für die Menschen in Treptow-Köpenick einsetzen. Neben meiner Arbeit im Deutschen Bundestag ist es mir besonders wichtig, Ihre Anliegen zu kennen, um mögliche Missstände und Mängel

zu erkennen. Die Gespräche mit Ihnen, Ihre Besuche, Briefe, Mails und Anrufe, sind dafür eine unverzichtbare Quelle.

Ich wünsche Ihnen und uns viele erholsame und besinnliche Stunden in der Weihnachtszeit, viel Zeit mit der Familie und Freunden und einen guten Start ins neue Jahr. 2015 sehen, sprechen, mailen wir uns wieder. Ich freue mich darauf.

Ihr

Keine neuen Schulden!

Nach 46 Jahren der erste ausgeglichene Bundeshaushalt

Ein Blick in die Geschichtsbücher der Bundesrepublik zeigt die Dimension der am 28. November gefällten Entscheidung des Deutschen Bundestages: Erstmals seit 46 Jahren wird der Bund im Jahr 2015 keine neuen Schulden machen. Zuvor hatte der Haushaltsausschuss nach 13-stündigen Beratungen in der sogenannten Bereinigungssitzung den Gesetzentwurf auf den Weg gebracht. Damit ist zum ersten Mal seit 1969 ein ausgeglichener Haushalt beschlossen worden.

Mehr Investitionen

Nicht nur wird auf neue Schulden verzichtet, auch für wichtige Investitionen stehen zusätzliche 10 Milliarden Euro verteilt auf die Jahre 2016, 2017 und 2018 zur Verfügung. Daneben werden wichtige Impulse etwa für Kultur, die Bewältigung internationaler Krisen und Ebola, die Bundespolizei, Migrationsberatung, Hochwasserschutz und Verbraucherschutz gesetzt.

Die Gesamtausgaben wurden für das kommende Jahr dabei auf 299,1 Milliarden Euro festgelegt. Das sind 400 Millionen Euro weniger als von der Regierung vorgesehen. In diesem Jahr betragen die Ausgaben 296,5 Milliarden Euro. Für Investitionen stellt der Ausschuss 26,45 Milliarden Euro zur Verfügung. Das sind 364 Millionen Euro mehr als die Regierung eingeplant hatte. Das angekündigte Investitionspaket von insgesamt 10 Milliarden Euro soll von 2016 an umgesetzt werden. Von diesen 10 Milliarden Euro sollen allein 7 Milliarden Euro in den Bereich „Zukunftsinvestitionen insbesondere für öffentliche Infrastruktur und Energieeffizienz“ fließen. In welche Bereiche diese Investitionen im Einzelnen fließen werden, wird in den nächsten Wochen und Monaten von der Bundesregierung und dem Bundestag zu entscheiden sein.

Die Einnahmen aus Steuern sollen im kommenden Jahr 277,48 Milliarden

Euro betragen. Das sind 1,06 Milliarden Euro weniger als die Regierung vorgesehen hatte. Die Höhe der eingeplanten Steuereinnahmen beruht auf der jüngsten Steuerschätzung.



Die Schulden-Uhr des Bundes der Steuerzahler könnte bald rückwärts laufen.

Foto: rebel / pixelio.de

Bei den Beratungen erhöhte der Ausschuss die Ausgaben unter anderem beim Verteidigungsministerium um 713,15 Millionen Euro und beim Bundesministerium für Arbeit und Soziales um 704,39 Millionen Euro. Das Innenministerium soll 459,56 Millionen Euro mehr ausgeben können als von der Re-

gierung vorgesehen und das Auswärtige Amt 305,75 Millionen Euro. Die meisten dieser Mehrausgaben sind für humanitäre Hilfen vorgesehen. Schließlich soll das Bundeskanzleramt über 130,27 Mil-

lionen Euro mehr im Kulturbereich verfügbar sein.

Für den Gesetzentwurf der Bundesregierung stimmten in der durch den Haushaltsausschuss geänderten Fassung die Koalitionsfraktionen CDU/CSU und SPD; die Oppositionsfraktionen lehnten den Haushalt ab.

1,4 Millionen Euro gehen nach Schöneweide

Mehr Geld für die Arbeit der FES

Das Institut für Forschung und Entwicklung von Sportgeräten (FES) am Standort in Schöneweide wurde bereits zu DDR-Zeiten gegründet und ist maßgeblich verantwortlich für die sportlichen Erfolge Deutschlands. Nun kann die Arbeit weiter ausgebaut werden.

„Heute ist ein guter Tag für den Sport und für meinen Wahlkreis Treptow-Köpenick“, freute sich Matthias Schmidt. In intensiven Verhandlungsrunden ist es gelungen, einen Aufwuchs von 1,4 Millionen für das Institut zu erreichen.

Der Aufwuchs macht es möglich, dass weitere Sportarten von der Arbeit des FES profitieren können, darunter auch

der Behindertensport. „Das ist ein richtiger und notwendiger Schritt in Richtung Inklusion im Spitzensport“, so die Bewertung von Matthias Schmidt, der sich als Berichterstatter besonders für die Paralympischen Spiele und den Behindertensport engagiert.

Darüber hinaus schaffen die Mittel die Voraussetzung, dass die Projektteams nun durchgängig für die Sommer- und Wintersportbereiche in den Olympiazyklen arbeiten können. Auch das kommt dem Spitzensport und seinen Sportlerinnen und Sportlern zugute. „Das Geld ist gut investiert. Ich kenne das FES seit vielen Jahren und bin überzeugt von der hervorragenden Arbeit.“

Kinder gegen sexuelle Gewalt schützen

SPD sorgt für Verschärfung der Gesetze

Sexueller Missbrauch von Kindern und Jugendlichen ist ein besonders schreckliches Verbrechen. Die SPD-Fraktion will, dass die Schwächsten unserer Gesellschaft besser geschützt werden. Mit dem Körper von Kindern und Jugendlichen darf niemand Geld verdienen.

Insbesondere das Internet eröffnet Kriminellen neue Möglichkeiten, kinderpornographisches Material zu verbreiten.

Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf, der am 14. November 2014 verabschiedet wurde, sollen strafrechtliche Ergänzungen und Strafverschärfungen im Bereich Kinderpornographie umgesetzt werden.

Um Kinder und Jugendliche besser gegen sexuelle Gewalt zu schützen sollen unter anderem folgende Punkte verändert werden:

- Da kindliche oder jugendliche Opfer sexuellen Missbrauchs häufig erst nach Jahren in der Lage sind, über das Geschehene zu sprechen, soll die Verjährung derartiger Straftaten erst ab Vollendung des 30. Lebensjahres zu laufen beginnen mit der Folge, dass die Verjährung in der Regel mit Vollendung des 40. Lebensjahres eintritt.
- Die Höchststrafe für den Besitz von Kinderpornographie soll von derzeit zwei Jahren auf drei Jahre angehoben werden.
- Herstellung, Verbreitung und Besitz so genannter Posing-Bilder fallen zukünftig explizit unter den Straftatbestand Kinderpornographie.
- Herstellung und Angebot in kommerzieller Absicht sowie das sich oder Dritten entgeltliche Verschaffen von Nacktbildern von Kindern und Jugendlichen soll strafbar sein.
- Strafbar macht sich zukünftig auch, wer eine Bildaufnahme, die geeignet ist, dem Ansehen der abgebildeten

Person erheblich zu schaden, unbefugt einer dritten Person zugänglich macht.

- Der Tatbestand des „Sexuellen Missbrauchs von Schutzbefohlenen“ wird um weitere mögliche Personen (Lebensgefährte eines Elternteils, Vertretungslehrer und andere Personen, die in schulischen und ähnlichen Einrichtungen tätig) im Umkreis eines Kindes erweitert.



„Geh nicht mit fremden Männern!“

Foto: Fotobox / pixelio.de

Schärfere Gesetze sind das eine. Es ist aber auch wichtig, die Präventionsarbeit zu stärken, damit es gar nicht erst zu Taten kommt. Die finanzielle Förderung des Bundes für das Präventionsnetzwerk „Kein-Täter-Werden“ ist in diesem Jahr bereits um 148.000 Euro auf 535.000 Euro erhöht worden. Dieses Netzwerk hilft Männern mit pädophilen Neigungen, dass aus ihren sexuellen Fantasien keine Straftaten werden.

Wichtig ist zugleich aber auch, dass mögliche Straftaten gemeldet werden. Bei Anhaltspunkten für eine Straftat kann man sich beispielsweise an den Krisendienst des Jugendamtes Treptow-Köpenick unter der Telefonnummer 030 / 90297-55555 wenden.



Matthias Schmidt, MdB

Wahlkreisbüro

Schmidts Ekke

Ekkehardstraße 1
12437 Berlin-Baumschulenweg
Telefon: 030 53 60 99 50
Fax: 030 53 60 99 49

Öffnungszeiten:

Montag:	11 bis 17 Uhr
Dienstag:	9 bis 15 Uhr
Mittwoch:	9 bis 17 Uhr
Donnerstag:	9 bis 15 Uhr
Freitag:	9 bis 15 Uhr
Samstag:	10 bis 13 Uhr

Wahlkreisbüro

Rathaus Friedrichshagen

im Grünen Haus
Bölschestraße 87/88
12587 Berlin-Friedrichshagen
Telefon: 030 22 01 38 11
Fax: 030 22 01 38 12

Öffnungszeiten:

Dienstag:	14 bis 18 Uhr
Mittwoch:	10 bis 14 Uhr
Donnerstag:	14 bis 18 Uhr
Freitag:	10 bis 14 Uhr

Bundestagsbüro

Unter den Linden 50
10117 Berlin
Telefon: 030 22 77 48 33
Fax: 030 22 77 68 35

Postanschrift:

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

matthias.schmidt@bundestag.de
www.matthias-schmidt.berlin

Die Arbeit der Bundesstiftung für Aufarbeitung und der Bundeszentrale für politische Bildung werden gestärkt

Eine halbe Million Euro mehr für die Stiftung Aufarbeitung und fünf Millionen Euro mehr für die Bundeszentrale für politische Bildung. Auch das ist ein Ergebnis der Haushaltsverhandlungen. Diese wichtigen Mehrausgaben durchzusetzen war Matthias Schmidt ein besonderes Anliegen. Als Mitglied im Stiftungsrat der Bundesstiftung Aufarbeitung und als Kuratoriumsmitglied bei der Bundeszentrale für politische Bildung weiß er um die wichtige Arbeit dieser Einrichtungen.

Die Stiftung Aufarbeitung leistet seit ihrer Gründung im Jahr 1998 eine überaus wichtige Arbeit bei der Aufarbeitung der Ursachen, Geschichte und Folgen der Diktatur der DDR. Über Ausstellungen, Publikationen und Workshops, Stipendien und viele weitere Formate bringt sie jungen Menschen die Geschichte der DDR näher und leistet damit eine unschätzbare Bildungsarbeit für unsere Gesellschaft. Gerade wenige Monate vor dem Jubiläumsjahr „25 Jahre Deutsche Einheit“ ist die Erhöhung



Matthias Schmidt mit Thomas Krüger, Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung

Foto: Bundeszentrale für politische Bildung

der Bundesförderung daher ein gutes Zeichen. Der Aufwuchs kommt vor allen

Dingen den Projekten zugute, die im gesamten Bundesgebiet das Jubiläum mit Veranstaltungen, Tagungen und Publikationen begleiten.

Eine ähnlich hohe Bedeutung hat die Bundeszentrale für politische Bildung, die seit vielen Jahren in der dezentralen Bildung eine wichtige Arbeit leistet. Hier konnte bereits im letzten Haushalt ein deutlicher Aufwuchs erzielt werden. Die erneute Erhöhung der Bundesmittel im Haushalt 2015 wird vor allen Dingen für die Realisierung der Bildungsprojekte der bundesweiten Träger verwendet. Mit den zusätzlichen 20 Personalstellen können weitere Themenfelder für die Bildungsarbeit der Bundeszentrale sowie Fortbildungsmaßnahmen für Pädagogen und Multiplikatoren erschlossen werden.

Der Aufwuchs leistet damit einen direkten Beitrag zur Demokratieförderung. Besonders Treptow-Köpenick leidet noch immer unter der NPD, welche hier die Bundespartei zentrale unterhält.

Bereits 163.000 Anträge auf Rente nach 45 Beitragsjahren Zugleich werden Arbeitnehmer und Arbeitgeber finanziell entlastet

Mit dem Rentenpaket hat die SPD im Juli 2014 umfangreiche Leistungsverbesserungen der Rentenversicherung umgesetzt. Im Fokus der Reform stand die Einführung der abschlagsfreien Rente nach 45 Beitragsjahren, welche die Lebensleistung vieler Menschen deutlich besser anerkennt.

Bislang haben 163.000 Rentenversicherte einen Antrag gestellt. Eine Zahl, die sich im prognostizierten Rahmen bewegt. Der aktuelle Rentenversicherungsbericht zeigt: Die Leistungen der gesetzlichen Rentenversicherung sind

solide finanziert. Aktuell verfügt die Rentenkasse über eine Rekordreserve von über 33 Mrd. Euro. Die gesetzliche Obergrenze von 1,5 Monatsausgaben für die Rücklage würde voraussichtlich Ende des nächsten Jahres überschritten werden. Das macht nach geltendem Recht eine Beitragssenkung von 18,9 Prozent auf 18,7 Prozent zum 1. Januar 2015 erforderlich. Damit werden die Beschäftigten und Unternehmen um jährlich 1 Mrd. Euro entlastet.

Zugleich hat sich die Erwerbstätigenquote der 60 bis 64 Jährigen gegen-

über dem Jahr 2000 auf heute 50 Prozent mehr als verdoppelt. Die Fähigkeiten älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer werden auf dem Arbeitsmarkt zunehmend wertgeschätzt.

Das Ziel der SPD bleibt, dass Beschäftigte möglichst lange und gesund am Arbeitsleben teilhaben können. Hierzu werden derzeit gemeinsam mit dem Koalitionspartner CDU/CSU Vorschläge erarbeitet, wie die Übergänge in die Rente bis zum regulären Renteneintrittsalter flexibler gestalten werden können.

Sie wollen **die Zeitungs Ekke** per Mail erhalten? Schreiben Sie eine Mail an matthias.schmidt@bundestag.de und Sie erhalten sie stets zuerst.